Von Joachim Borner

Enquete-Kommissionen sind in besonderer Weise institutionalisierte Formen verwissenschaftlichter Politik. Experten werden nicht einfach nur angehört, sondern sind im Parlamentariergremium während des ganzen Zeitraumes paritätisch vertreten. Dem Gegenstand angemessen, der oft komplex, ressortübergreifend und langfristiger Natur ist, erfolgt die Arbeit jenseits der Tagespolitik und im Luxus einer vollen Legislaturperiode. Von den Ergebnissen zehrt in Interpretationsübungen das Fachpublikum des ganzen Landes. Das ist Usus und durch die Praxis einer Vielzahl von Enquete-Kommissionen bestätigte Erwartung.

Im Einsetzungsbeschluß des Bundestages für die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“, der von ihr selbst explizit auf die ökonomischen und sozialen Dimensionen nachhaltiger Entwicklung erweitert wurde, erging der Auftrag,

- Ziele und Qualitätsziele nachhaltiger Entwicklung zu formulieren (Leitwissen),
- Grundlagen einer Strategie (nationaler Umweltplan) nebst Instrumenten und Maßnahmen zur Realisierung zu evaluieren (Transformationswissen),
- dabei die Rahmenbedingungen und Institutionen zu berücksichtigen (Systemwissen) und
- gesellschaftliche Handlungsspielräume und Innovationspotentiale zu erschließen.

Man ahnt die Schwere der Aufgabe.

Denn wie man den Beschluß auch wendet: Die Kommission war beauftragt, eine Richtungsangabe oder den gesellschaftstheoretischen Entwurf eines nachhaltigen Entwicklungsmodells für Deutschland zu erarbeiten. Das ist dringend geboten, und war 1994, gemessen an der sich abzeichnenden Anpassungs- und Handlungsfähigkeit der gesellschaftlichen Eliten gegenüber den veränderten globalen Rahmenbedingungen, geradezu weitsichtig.

Damit kam aber der Kommission die Aufgabe zu, sich vom Selbstverständnis üblicher Enquete-Kommissionen zu emanzipieren.

Auf der Sach- und Problemebene sollte es um konkrete Inhalte staatlicher Politik gehen. Neben der Formulierung von Instrumenten ging es um die Frage, wie sich Nachhaltigkeitsziele auf dem Wege einer staatlichen Innovationsstrategie realisieren lassen. Wie könnten Innovationsprozesse auf den neuen, zielorientierten Pfaden initiiert werden, die ja nicht nur der dynamischen Kom-

Die Enquete-Kommission und ihre Forderung nach institutionellen Innovationen

Interventionsbereitschaft gefragt!

Vor kurzem hat die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ ihren Abschlußbericht vorgelegt. Um wirklich politische Wirkung zu erzielen wäre es allerdings nötig, daß sich die Kommission auch mit dem politischen Prozeß als solchen beschäftigt und daraus geeignete Schlußfolgerungen zieht.

plexität der Einflußfaktoren, sondern auch der Konfliktfähigkeit der ökologischen, ökonomischen und sozialen Interessen gerecht werden müssen. Aus dem großen Fundus an Wissen und Erfahrungen hatte die Kommission wahrgenommen, daß Innovationspolitik zum einen als Top-down-Feinsteuerung nicht möglich ist und zum anderen die institutionellen Voraussetzungen einschließen muß. Die in diesem Sinn zu erbringende Richtungsangabe betrifft Zeitspannen des strukturellen Wandels von mehreren Jahrzehnten.

Läge es nun nicht nahe, sich mit dem Bundestag als solchen und den dort üblichen Verfahren – und damit mit sich selbst – zu befassen und zu überlegen, wie diese Richtungsangabe im kurzfristigen Zyklus der Legislaturperioden über diese Dauer politisch „stabil“ gehalten werden kann? Welcher Konventionen bedürfte es, um unbeschadet möglicher Regierungswechsel eine politische Dauerhaftigkeit des Leitbildes nachhaltiger Entwicklung und strategischer Grundzüge zu gewährleisten?

Wenngleich der Bundestag die Kommission mit der grundsätzlichen Orientierungsfrage zukünftiger gesellschaftlicher Entwicklung eingesetzt hatte, so darf man wohl davon ausgehen, daß er sich dem darin steckenden Veränderungsanspruch nicht bewußt war. Die Vorstellung des Abschlußberichts vor dem Plenum bestätigte diese Annahme. Zu inkompatibel zum tagespo-

litischen Ritual des Parteienwettbewerbs sind Richtungsangaben, als daß sie zu mehr als einer Pflichtübung taugen. Das aber wissen und kennen die, die im Geschäft sind.

Zumindest für diese Kommission aber gilt, daß sie sich um ihrer ernsthaften Arbeit und der politischen Verantwortung willen zum Mut der Sachaussage eine zweite Eigenschaft aneignen müßte: Die Bereitschaft zur Intervention. Daß sich die Truppe, die sich in der Kommission zusammengefunden hatte, als Fähnlein der sieben Aufrechten auch in der jeweils eigenen Fraktion fühlte, war mehr als einmal konsensualer Gesprächsstoff. Doch wozu klagen? So ist das vor dem Beginn von Innovationen. Was braucht es eigentlich mehr, um sich nun in der Kommission zu verständigen, wie während der gesamten Legislaturperiode intra- und interfraktionell das Thema einer Nachhaltigkeitsstrategie vermittelt wird? Was ist zu tun, damit sich das Plenum genötigt sieht und genötigt wird, die Zieldiskussion zur nachhaltigen Entwicklung in den eigenen und den öffentlichen Raum zu bringen? Möglicherweise braucht man eine Politikfolgenabschätzung, die deutlich macht, was in der Zukunft an gesellschaftlichen Steuerungsproblemen ins Haus steht, wenn sich – wie im Wahlkampf – alle Parteien um eine strategische Richtungsangabe drücken. Gerade dann wäre die Kommission gefordert gewesen, eine solche zu machen.

Am Ende des Berichts wird unter der kleinen Überschrift „Institutionelle Innovationen“ festgestellt, „daß Hemmnisse für Fortschritte im Sinne einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung auch im gegenwärtigen institutionellen Gefüge der Bundesrepublik zu suchen sind und (sie – die Kommission) mahnt entsprechend institutionelle Innovationen an“ (1)...

Anmerkung

(1) Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt – Ziele und Rahmenbedingungen einer nachhaltig zukunftsverträglichen Entwicklung“; Konzept Nachhaltigkeit – Vom Leitbild zur Umsetzung. Abschlußbericht. Bundestagsdrucksache 13/11200, S. 209.

Der Autor

Dr. Joachim Borner ist wiss. Assistent am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin und war Mitglied der Enquete-Kommission.

Kontakt: Projektgruppe Umweltwissenschaften
Umweltschutz, Prenzlauer Promenade 149-152,
13189 Berlin, Tel. 030/ 4797-109, Fax -106.

(c) 2010 Authors; licensee IÖW and oekom verlag. This is an article distributed under the terms of the Creative Commons Attribution Non-Commercial No Derivates License (<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/>), which permits unrestricted use, distribution, and reproduction in any medium, provided the original work is properly cited.